

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktüglichen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis jährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 926.

Ein Anzeigengebiß beträgt für die sechsgeschaltene Zeitung oder deren Raum 25 Pg. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pg., ausführliche Anzeigen 30 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Montag, den 5. März 1917.

24. Jahrg.

Bemerkungen zur Kohlensteuer.

Von Otto Huse.

So einfach die in der Regierungsvorlage angegebenen Richtlinien der Kohlenbesteuerung beim ersten Durchlesen der vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen und der zugehörigen Begründung auch erscheinen mögen, selbst einem Freunde dieses Steuervorschlags müssen, je sorgfältiger er das Projekt durchdenkt, Zweifel auftreten, ob die Sache so zu machen ist. Zwar klingt es furchtbar einschlächtend, wenn erklärt wird: Wir erheben die Steuer vom „Wert der Kohle“, als solcher gilt der „Verkaufspreis ab Grube oder Verarbeitungsstelle“; wir haben dann nur mit verhältnismäßig sehr wenigen Steuererhebungstellen zu tun, was die Kontrolle sehr erleichtert. Von rein steuertechnischen Standpunkt aus betrachtet mag das vollkommen zutreffen, aber gerade der in der Begründung der Vorlage betonte „irtschaftliche Gesichtspunkt“ kommt dabei nicht auf seine Rechnung.

Nehmen wir zunächst den sehr häufig vorkommenden Fall an, daß eine Grube oder Ziegelfabrik ihre Förderung oder Erzeugung ganz oder fast ganz einem zur Betriebsgemeinschaft gehörigen Metallindustriewerk liefert. Diese Lieferung geschieht wohl niemals zu Syndikats-Richtpreisen, erst recht nicht zu den jetzt wahrscheinlich ausnahmslos über diese normahafte hinausgehenden tatsächlichen Marktpreisen. Soll der steuerpflichtige „Wert“ jener Lieferungen nach den marktgängigen Preisen oder nach den zwischen den in Interessengemeinschaft stehenden Werken vereinbarten Verkaufspreisen geschehen? Nach dem § 8. Absatz 2 und 3 der Vorlage scheint ersteres die Absicht zu sein; ihre Ausführung würde aber für die in Betracht kommenden Verbrauchsstellen in der weiterverarbeitenden Industrie durchaus nicht selten eine finanzielle Umlösung von unabschbarer Tragweite bedeuten. Zusätzlich ist mir folgender Beweisfall genauer bekannt: Ein metallindustrielles Unternehmen wird von einer mit ihm verbündeten Kohlengesellschaft mit Kettlohnen, die Tonne zu 13 bis 14 Mt. beliefert. Der Syndikats-Richtpreis für diese Kohlensorten beläuft sich auf 17 bis 18 Mt. Da bei der Besteuerung der „Endpreis“ (Begründung, Seite 15), also der marktgängige Verkaufspreis, zugrunde gelegt werden soll, dürfte ein Preis von sicherlich 19 bis 20 Mt. zur Berechnung kommen müssen. Mithin würde das verbrauchende Werk durch die Besteuerung eine Kohlenversteuerung von 3,80 bis 4 Mt. pro Tonne (20 Proz. vom Werte) erfahren! Wenn man sich entsinn, daß schon eine halb so hohe Hinaussetzung der Kohlenpreise von den Werken in der Weiterverarbeitungsindustrie mit ganz bedeutenden Preiserhöhungen für ihre Erzeugnisse beantwortet wurde, dann kann man sich auch leicht vorstellen, wie sie auf die Kohlensteuer reagieren werden. Gedenkt die Regierung diesen sonst zu erwartenden enormen Preiserhöhungen durch systematische Vorschrift von Höchstpreisen zu begegnen?

Besteuert soll der „Wert“ resp. der „Verkaufspreis“ der Förderung und Erzeugung werden im Gegensatz zu dem inhaltlichen und dem altenburgischen Kohlenfördersteuergesetz, die von pro Tonne Förderung unterschiedlos eine Abgabe einführten. Altenburg durch Gesetz vom 21. Dezember 1913 eine Abgabe von 2½ Pg. pro Tonne durch Gesetz vom 20. Dezember 1916 erhöhte auf 5 Pg. Durch diese Besteuerung soll der „wirtschaftliche“ Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt sein. Hieraus ergibt sich meines Erachtens auch ein schwerer Fehler in ertragswirtschaftlicher Beziehung. Wenn die Besteuerung ohne weiteres nach Maßgabe des Preisstandes eintreten soll, so müßte doch erst nachgewiesen werden, daß der höhere Preisstand auch einem entsprechend höheren Betriebsertrag entspricht! Wie steht es aber in dieser Beziehung aus?

In dem Anhang zur Vorlage werden auf Seite 29 die amtlichen Durchschnittswerte pro Tonne gefördelter Steinkohle angegeben. Diese Durchschnittswerte sind zwar nicht gleich den Verkaufspreisen, stehen aber in einem annähernd gleichen Parallelsverhältnis zu diesen. Da sieht man z. B., daß 1913 der Tonnenwert betrug in Oberschlesien 9.08, in Niederschlesien 10.47 Mt. Demnach würden nach dem Steuervorschlag (20 Proz.) von der oberschlesischen Kohle pro Tonne 1.96, von der niederschlesischen fast 2.10 Mt. zu erheben sein. Dabei ist im allgemeinen in Fachkreisen bekannt, daß die oberösterreichischen Kohlengruben infolge viel günstiger Gewinnungsbedingungen weit besser rentieren als die niederschlesischen. Die rheinisch-westfälische Tonne Kohle repräsentierte 1913 einen Durchschnittswert von 11.83, die Saarkohle einen solchen von 12.04 Mt. Bekannt ist aber auch, daß die Betriebsrenten der rheinisch-westfälischen Zeche durchschnittlich höher sind als die der Saarzechen. Man sieht schon aus diesen beiden Beispielen, daß auch die Besteuerung nach dem Wert oder Preis der rohen Kohlen — dasselbe gilt von der veredelten — den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Betriebe nicht Rechnung trägt. Die noch ältere deutschen Bergrecht sollte Besteuerung des Wertes der Förderung — worauf sich die Vorlage als vorbildlich beruft — hatte zur Folge, daß auch die Werke, die mit Zubau arbeiteten, trotzdem die Steuer entrichten mußten. Das war ein Hauptfehlerpunkt der damaligen Betriebsbetreiber in ihren Kampfen gegen die Bergbaubebauung. Außerdem ist in dem weiteren fehlenden

überzeugend dargestellt, warum zwar die Bruttosteuern nicht die Röts- und die hierbei abfallende außerordentlich hohe Nebenproduktionsgewinnung besteuert werden soll! Gerade die Zechen mit großer Röts- und Nebenproduktengewinnung sind eben durch diese meistens die ertragreichsten.

Diese Bemerkungen mache ich von der Voraussetzung ausgehend, daß die Betriebsinhaber und Verkäufer die Steuern zu tragen hätten. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ein sehr großer Teil der Betriebsinhaber ganz ohne Wertüberschüsse bleiben würde, wenn sie 20 Proz. von dem Verkaufspreis ihrer Förderung oder Fabrikation an den Steuerfistus abgeben müßten. Diese schematische Besteuerung geschiehe, wie gesagt, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelwerke. Wer die Vorlage will ja gar nicht die Besteuerung der „Produzenten“, sondern die der Verbraucher und enthält demgemäß so ortspezifische Vorschriften für die Abwälzung der Steuer! Dadurch wird das Projekt natürlich nicht annehmbar für einen sozial denkenden Menschen.

Die im Anhang der Regierungsvorlage mitgeteilten Preistabellen und Berechnungen der Verbrauchsbesteuerung reichen bei weitem nicht aus zur Berechnung der gerechten und fairen eintretenden Belastung. Erstlich ist ein Vergleich der auch mitgeteilten englischen und amerikanischen mit den deutschen Preisen nicht ohne weiteres zulässig. In England und Nordamerika bestehen noch keine Verkaufsyndikate von der Art, wie sie in Deutschland den Kohlen-, Röts- und Ziegelfabrikverkauf beherrschen. Die von drüben mitgeteilten Preise sind allerdings weit stärker hinausgetrieben als die unsrigen, aber die ausländischen Preisangaben nennen die Verkaufspreise und sind noch dazu, wie aus den amerikanischen Ziffern klar ersichtlich, die Exportpreise („frei Hafen New York“). Zum Vergleich müssen also auch die deutschen Kohlenexportpreise herangezogen werden. Lebzigens kann es doch nicht unser Ziel sein, es den britischen und amerikanischen Kohlenderkäufern in der unzureichenden Preistreihenfolge gleich zu tun. Sodann werden für Deutschland in der Hauptsache nur die „Richtpreise“ der Werksartikel, nicht die tatsächlichen Verkaufspreise angegeben. Nach der Begründung der Steuervorlage sollen jedoch zwecks Besteuerung die „Abrechnungspreise“ (das sind die Rötpreise) zwischen Zechen und Syndikat zugleich aller der Zechen gewährleisten. Nach der Rötpreise und abzüglich aller dem Syndikat von der Zechen zu leistenden „Rückverlusten“ ermittelt werden. In gleicher Weise ist bei Verkäufern an Händler der Endpreis maßgebend . . . Dieser Endpreis also wird bei der Besteuerung zugrunde gelegt, und daher ist es für die Steuerkommission des Reichstages unumgänglich notwendig, authentische Ziffern über die gegenwärtigen Endpreise für Kohlen und Ziegeln zu fordern! Denn hernach, nicht nach den mitgeteilten Rötpreisen, richtet sich die vorgeschlagene steuerliche Belastung des Verbrauchers. Um auch das an einem Beispiel zu erläutern: Für Ruhr-Anthrazitkohle beträgt der Syndikatsrichtpreis jetzt 24.50 Mt. Der von dem Verbraucher (Haushaltung) tatsächlich zu zahlende Endpreis beträgt aber nochweislich ab Zechen ohne Fracht 30 Mt! Durch die vorgeschlagene Besteuerung würde sich der Endpreis auf 28 Mt. erhöhen, während er übrigens der Besteuerung des Rötpreises auf 29.40 Mt. steht. Dieses Beispiel zeigt, daß die vorgeschlagene Belastung des Verbrauchers, und darunter sind auch Millionen ärmerer Haushalte, sich ganz bedeutend höher stellen wird, als es nach den in der Regierungsvorlage mitgeteilten Rötpreisen für möglich erscheint.

Muß man die unterchiedslose Besteuerung der Betriebsinhaber nach der Höhe des Kohlenpreises als eine unerlässliche bezeichnen, so trifft das natürlich noch in weit höherem Maße zu in Ansehung der Tatsache, daß die vorgeschlagene Steuer den Brennstoff des Millionärshandels nicht mehr verteuert, als den Brennstoff der ärtesten Pößnitzten, die heute schon längst in bitterster Not leben. Die Konsequenzen ergeben sich daraus von selbst.

Man muß fragen, warum die Reichsregierung nicht das Handelsmonopol mit mineralischen Brennstoffen offen vorstellt, wodurch sie die Handelshäuser beseitigt, die Brennstoffabgabe mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Verbraucher zu regulieren und dabei der Reichskasse doch eine immense Reineinnahme zufließt. Durch die Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 hat sich die Reichsregierung bereits die Aufgabe gestellt — man lese nur den § 2 der Verordnung! — eventuell den Betrieb der mineralischen Brennstoffe von Amts wegen zu organisieren und zu kontrollieren! Gleich den Fall, die privaten Betriebsbetreiber hätten gegenüber dieser Verordnung auch nur passive Resistanz geübt, dann müßte doch die Regierung die Verordnung durchführen und damit die privaten Syndikate in öffentlich-rechtliche Institutionen umwandeln. Lag diese Absicht nicht vor, warum erfina dann die Bundesratsverordnung? Außerdem hat der Bundesrat unter dem 24. Februar z. B. eine weitere Verordnung beschlossen, die Reichskontrollstellen für den Kohlenvertrieb vorsieht. Die Regierung selbst also die technischen Schwierigkeiten der Einführung eines Zoll-Kohlenhandelsmonopols nicht für unüberwindlich halten.

Schließlich: Die Erklärung der für das Reich erforderlichen Mittel erfolgt nur dann nach sozialen Gesichtspunkten, wenn die Unternehmergewerne entsprechend

hend besteuert, wenn ferner die sonstigen Einkommen, die Vermögen und die Erbschaften in progressiver Weise zur Deckung des Reichsbedarfes herangezogen werden.

Deutschland und Mexiko.

Der Bündnisvorschlag Deutschlands an Mexiko im Falle eines Krieges zwischen letzterem und den Vereinigten Staaten ist durch irgend einen Zusatz Wilson bekannt geworden. Das war natürlich für ihn eine gefundene Freude und bewirkte, daß er im Repräsentantenhaus der Opposition völlig Herr werden konnte; nur 13 Abgeordnete stimmten gegen die Bevaffnung der Handelsschiffe. Das Votantwerben dieses Antrages wird aber weiter ziemlich wahrscheinlich zur Folge haben, daß sich der Konflikt mit Amerika verschärft und daß es nun drüben kaum noch ein Halten geben wird. Welche weiteren Folgen dieser Umstand noch zeitigen wird, ist heute noch nicht zu sagen. Daß sie aber sehr ernster Natur werden können, darüber muß man sich völlig klar sein. Wir wollen heute aus leicht erklärbaren Gründen, so sehr es auch erzielt, nicht näher auf die Sache, die sicher kein Ruhmesblatt für die deutsche Diplomatie ist, eingehen. Nur das muß gesagt werden: Die deutsche Sozialdemokratie lehnt die Verantwortung für diese Art auswärtiger Politik entschieden ab.

Die Darstellung, auf die sich die deutsche Erklärung bezog, war von der „Associated Press“ gegeben und Staatssekretär Lansing hat sie bestätigt. Nach Mitteilung Reuters hat sie folgenden Inhalt:

Als Deutschland den unbeschränkten U-Boot-Krieg plante, schlug es Mexiko und Japan ein Bündnis vor für den Fall, daß die Vereinigten Staaten nicht neutral bleiben würden. Mexiko sollte bei Japan einwirken, daß dieses seine Alliierten im Stich ließ und sich an dem Angriff gegen Amerika beteiligte. Als Lohn sollte Mexiko Deutschlands finanzielle Unterstützung sowie Texas, New Mexico und Arizona, weiteren Anteil an den Bedingungen des Siegesfriedens haben, den Deutschland erreichen würde. Die Regelung der Einzelheiten wurde dem deutschen Gesandten in Mexiko, v. Schardt, überlassen, der in einer von Staatssekretär Zimmermann unterzeichneten Anweisung vom 19. Januar beauftragt wurde, Carranza ein Bündnis mit Mexiko vorzuschlagen und ihm anzuheischen, daß Mexiko Japan in die Verantwortung hineinziehen sollte. Eine Anweisung wurde Herrn von Schardt von dem Reichschafter Grafen Bernstorff zugeschickt, der damals sich ebenfalls anstreichte, mit freiem Geiste nach Hause zurückzufahren. Deutschland stellte es Mexiko so dar, als ob England geschlagen sei und als ob Deutschland durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg die Welt beherrachte. Eine Abreise der Anweisung sei in den Händen der amerikanischen Regierung.

Die Enthüllung hat nach Angaben, die dem „Local-Advertiser“ aus dem Haag gemeldet werden, aufs stärkste eingeschlagen. Die Spannung im Lande sei so gewaltig gewesen, als ginge es um das Ergebnis des Wahlkampfes. Im Senat sagte Lansing — immer nach Meldung Reuters — zu der Zimmermann-Note:

„Wir glauben nicht, daß Japan davon profitiert, oder daß es irgendwelche Vorteile Mexikos verursachen wird. Ich vertraue, daß Mexiko sich nicht dazu hergeben wird, wegen der freundlichen Beziehungen zu diesem Lande unter der jetzigen Regierung von Mexiko. Was die Verantwortung im allgemeinen betrifft, so wissen wir, daß sie tatsächlich besteht. Aber wir können nicht alle Einzelheiten veröffentlichen, ohne das Leben derer, die uns diese Mitteilungen verschaffen, zu gefährden.“

Als die Zimmermann-Note im Senat erörtert wurde, teilte Rawson mit, daß der Präsident ihn erstmals nicht habe, zu sagen, daß der Wortlaut, wie er von der „Associated Press“ übermittelt wurde, der Hauptzweck tatsächlich gewesen sei. Lodge brachte im Senat eine Entschließung ein, die Wilson hörte, dem Senat mitzuteilen, ob die Zimmermann-Note so authentisch sei; und wenn ja, ob es im allgemeinen Interesse liege, daß weiteres Material, worüber die Regierung versäumt und das sich auf die deutschen Beziehungen gegenüber Mexiko beziehe, zu veröffentlicht werden. Die Entschließung wurde dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zugesandt, der darüber berichten wird.

Nach „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet „Daily Telegraph“ aus New York, daß der Brief an den deutschen Konditen in Mexiko in Graf Bernstorffs Handschrift dem Außenübereichen worden sei, der in des Grafen Dienst stand. Der Brief sei durch einen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes abgefangen worden.

Das Schreiben des Staatssekretärs Zimmermann hat wie Reuter nach der „Associated Press“ berichtet, angeblich folgenden Wortlaut:

Berlin, den 19. Januar 1917.
Am 1. Februar werden wir den unbeschränkten U-Boot-Krieg beginnen, trotzdem hat man die Absicht, Amerika vorzutäuschen zu lassen. Wenn diese Beziehungen nicht gelingen, so schlagen wir ein Bündnis mit Mexiko auf folgende Grundlage vor: Mexiko wird gemeinsam mit Amerika gegen die Vereinigten Staaten kämpfen und Frieden schließen. Wir werden gemeinsam einen Frieden schließen. Wir werden eine allgemeine internationale Unterstützung gewähren und wird angekommen, daß Mexiko das verlorene Gebiet von New Mexico und Arizona zurückholen. Einzelheiten der Ausführung werden Ihnen überlassen. Sie haben den Antrag, Carranza im strengsten Vertrauen zu fordern, und bald es gemäß ist, das ein-

Zwischen England und Holland sind bezüglich einer Reihe Ozeandampfer Hollands befriedigende Vereinbarungen getroffen worden. Die Schiffe brauchen einen englischen Hafen nicht anzulaufen.

Der amtliche Kriegsbericht.

580 Franzosen gefangen. — 18 Flugzeuge abgeschossen.

MTB. Großes Hauptquartier, 5. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei klarer Sicht war an vielen Stellen der Front die Feindseligkeit gegen die Vortage gezeigt. Nördlich der Somme griffen die Engländer nach starkem Feuer südlich des Et. Pierre-Waldes an. Nach hartem Kampfe blieb ein Grabensüd am Wege von Chavannes-Moiselins in ihrer Hand. Zu übrigen wurden sie abgewiesen.

Auf dem Ostufer der Maas nahmen unsere Truppen die französische Stellung am Caubieres-Walde in etwa 1500 Meter Breite im Sturm und wiesen nächtliche Gegenstöße ab.

Auch an der Südseite des Fosse-Waldes wurde den Franzosen ein wichtiger Geländepunkt entzogen. Neben den blutigen Verlusten, die durch unsere über die gewonnene Linie vorgehenden Erkundungen festgestellt wurden, büßte der Feind 6 Offiziere und 572 Männer an Gefangenen, 16 Maschinen- und 25 Schnellgewehre an Beute ein.

In sehr zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 18 Flugzeuge, eins durch Absturz von der Erde. Unser Verlust beträgt vier Flugzeuge.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der mazedonischen Front blieb die Kampftätigkeit gering.

Der Erste Generalquartiermeister: Budendorff.

Britischer Torpedojäger vernichtet.

MTB. London, 5. März. Die britische Admiralität teilt mit, daß ein englischer Torpedojäger am 1. März in der Nordsee mit Mann und Maus untergegangen ist. Man nimmt an, daß das Fahrzeug auf eine Mine lief.

Die Preise für Heringe. Nach Aufhören der Frostperiode fanden in Skandinavien die Heringsfänge wieder ein. Deutsche Heringe, Rücklinge und Marinen werden daher in nächster Zeit wieder dem Konsum zur Verfügung gestellt werden und können durch die Fischorganisationen den Kommunen ausgeliefert werden. Die Preise werden überwacht und je nach den kommunalen Verhältnissen verschieden hoch sein. Am allgemeinen dürfen sie im Kleinvorlauf etwa betragen: Für 1/2 kg die Heringe 90 Pf. bis 1,10 Mk. das Pfund etwa 15 bis 20 Pf. das Stück je nach Größe) für Rücklinge 1,60 Mk. das Pfund (etwa 25 bis 35 Pf. das Stück, je nach Größe), für kleine Rücklinge (Grottrücklinge) 1,45 Mk. das Pfund, für marinerte Heringe (Kohlmöpse, Bismarckheringe usw.) 2,20 bis 2,35 Mk. (etwa 20 bis 40 Pf. das Stück, je nach Größe). Wo höhere Preise genommen werden, wird man sich zweckmäßig bei einer Kommune beschweren oder die Preisprüfungsstelle anrufen. — Wir nehmen an, daß das Polizeiamt bei der Feststellung des Preises für grüne Heringe, die in unseren Gewässern gefangen werden, nicht über den vorjährigen Höchstpreis von 80 bis 40 Pf. für das Pfund hinausgehen wird. Das ist immer noch das Maß, die darüber, was in Friedenszeiten bei guten Fängen gezahlt worden ist.

Fahrplanverbesserungen auf der Lübeck-Hamburger Strecke. Vom Dienstag, den 6. März d. J., ab werden die folgenden vorübergehend ausgesetzten Züge wieder besetzt: Zug 30 Hamburg ab 5.30 morgens, Lübeck an 7.18 morgens; Zug 59 Lübeck ab 4.50, Hamburg an 5.55 nachmittags. Der Verkehr der geänderten Zug 338 wieder in seinem alten Fahrplan: Lübeck ab 3.34, Hamburg an 5.00 nachmittags.

Ein ehemaliger starker Kältereflux ist seit Sonnabend eingetreten. In der letzten Nacht wurden bis zu zwölf Kältegrade beobachtet. Dieser starke Frost wirkt um so schädlicher, als gerade jetzt Kartoffeltransporte unterwegs sind, die darunter erheblich leiden werden. Auch viele Stachler, die teilweise in offenen Eisenbahnwagen der Auffahrt durch die Händler harren, dürften der Kälte zum Opfer fallen. Und wie manche arme Familie wird frieren müssen.

Mit der Zukunft des Holländereigewerbes in Lübeck beschäftigt sich am Sonnabend eine Versammlung des Gewerbevereins. Nach vielen mühseligen Jahren hat es die Export-Milchfabrik, wie sich die Hansameierei auf ihren Briefbögen bezeichnet, endlich so weit gebracht, neben der starken Hinaufzehrung des Milchpreises auch das Verkausmonopol in die Hand zu bekommen. Ganz unabschöpfbar an diesem Ergebnis sind die Holländer nicht, da sie manchesmal bei den Lodungen des Herrn Bastian die weiteren Geschäftspunkte vergaßen und den Profit des Augenblicks ergripen. Nun hat die Stunde geschlagen, wo ein Stück des sogenannten Mittelstandes an die Wand gedrückt wird. Während es sonst immer die Sozialdemokraten sein sollen, die den Mittelstand ausmerzen, wird hier klipp und klar zugegeben, daß das Kapital hier im besonderen das agraristisch zusammengezogene Kapital, schamlos handelt, um Mehrwert auf Kosten anderer zu erzeugen. Was wir nur so beiläufig bemerkten. Für uns kommt heute viel mehr in Betracht. Hatte diese Versammlung, zu der auch Bürgerschaftsmitglieder geladen waren, doch in unzweideutiger Weise gezeigt, daß die unverträgliche Milchpreiserhöhung, der wir entgegen ziehen, ihre Ursache nicht in verteufter Produktion, sondern in machiavelschem Profit nicht ihre Ursache hat. Herr Reichs, der als Vertreter der Holländer sprach, führte u. a. aus, daß die Gewerkschaft für Milchverarbeitung mit der Hansameierei einen Vertrag geschlossen habe, um den freien Handel an die Wand zu drücken und zwar mit der Begründung, weil durch die Zersplitterung des Kleinhandels ein großes Quantum Milch vom Erzeuger bis zum Verbraucher verloren gehe. Für diese Behauptung fehlten allerdings die Beweise. Würde man dagegen naßfragen, wiewiel Milch angeleiert und wieviel erzeugt wurde, bekäme man ein anderes Bild. Als man 1915 an Herrn Bastian die Frage gerichtet habe, ob in Lübeck die Milchpreiserhöhung mitgemacht werde, habe er mit einem glatten Nein geantwortet. Zu unserer Zeit sollte der Handel vorrangig leisten und erklären, er könne bei diesen Preisen nicht bestehen. Als die Frage sprachlos wurde, hätten die Interessenten erwidert, der Behörde ein Gericht einzurichten, um den Preis auf 26-30 Pf. hinzufliegen. Man habe sich dann gesagt, die Sache werde besser stehen, wenn mehrere Städte zusammengingen. Die Begründung des Gesuchs seitens der Landwirtschaft sei aber selbst der Behörde so siedend, daß sie es wieder zurückgezogen habe. Eine nochmalsige Durchüberprüfung des Gesuchs habe Herr Lauenstein für überflüssig erachtet und empfohlen, es einfach noch einmal so einzurichten wie es ist. Die hohen Milchpreise sind nach Reichs in den hohen Butterpreisen begründet, bei denen der Erzeuger, der an die Buttermolkerei liefert, besser fährt als der Kur-Milch-Produzent. Den Holländern selbst sei es gleichgültig, ob eine Preiserhöhung stattfindet oder nicht, aber sie wollten nicht als die Schuldigen dastehen. Nun sollten sie die Rechte der Hansameierei wahren. Man biete ihnen einen ganzen Pfennig pro Liter, während man sonst einen Spannungspreis von 6-7 Pfennig pro Pfund vereinbart habe. An Butter sollten sie 3 Pfennig pro Pfund verordnen. Und bei solchen Vergütungen rechne die Hansameierei bei einer Fälligkeitsüberenahme einen Jahresverdienst von 3000-6000 Mark heraus. Die Holländer, denen man jetzt einen Zugriff verweigert und deren Frauen man bratsch machen, behaupten sich für

durch die Gefangennahme eines Brigadeführers die Blame der unfehlbaren Ausfallarmee, die unseren weiteren Vormarsch in Zweifel gestellt und uns schwere Verluste gebracht haben würden, wenn es möglich gewesen wäre, ihnen im letzten Augenblick zu begegnen. Balfour fiel schnell. Ohne jeden Schuß. In seinem riesigen Kofferkorb war nicht eine Kanone zu finden. Aber die erschöpften Truppen durften nicht in der Weltstadt ausruhen. Sie mußten weiter nach Osten. Und nun trafen sie auf die Russen. Die Kämpfe wurden schwieriger, hartnäckiger. Trotzdem ging es weiter vorwärts. Die furchtbare Weihnachtschlacht mußte durchgeföhrt werden, bis an Frost und dem Eis an der Serpentlinie der zumal schweren Feldzug sein Ende fand. Unsere Truppen hätten dort schwer zu leiden. Es fehlt an Holz, um Feuer anzuzünden. Doch unsere Feldgrauen dort standhalten, müßte eine Bewunderung vor deiner stillen Größe hervorrufen. Große Kötter zeigte dann 75 von ihm selbst aufgenommene Lichtbilder aus dem Verlauf des Feldzuges, die lebenswahr alle Schrecken und Größe der Kämpfe erkennen ließen. Lebhafte Beifall lohnte die fesselnden, lebendigen Schilderungen des Redners.

Dem Bericht der Genossenschafts-Bücherreihe und Lesehalle ist das Jahr 1916 mit zu entnehmen: Der Buchverband betrug am Anfang des Jahres 1888 8000 Bände, aufgeteilt sind im Laufe des Jahres 88 8000 Bände, so daß am Schlusse des Jahres ein Bestand von 5200 Bänden vorhanden war. Auf die einzelnen Abteilungen entfallen 8000 Bände: Volkswirtschaft und Politik 1519, Geschichte und Rechtswissenschaft 91, Geschichte 450, Philosophie, Religion, Schule und Kunst 207, Naturwissenschaft 309, Gesundheitswissenschaft 114, Erdkunde und Reisebeschreibungen 217, Fachwissenschaft 24, Novellagewerke 34. Lesearten sind im Berichtsjahr 1040 aufgestellt, gegen 1003 im Vorjahr. Die Leser gehören folgenden Berufen an: Bäcker 12, Bauarbeiter 83, Böttcher 4, Brauer und Müller 6, Buchdrucker 4, Buchdrucker 18, Bureauangestellten 17, Fabrikarbeiter 56, Galtwirtschaft 8, Handlungsgehilfen 15, Hausangestellte 17, Holzarbeiter 57, Maler 19, Maschinisten 9, Metallarbeiter 249, Schneider 35, Schuhmacher 10, Staatssoldaten 12, Steindrucker 8, Taverneier 3, Transportarbeiter 127, Zimmerer 13, Arbeiter 16, andere Berufe 70, Familienangehörige 211, Militärpersone 16. Bücher wurden 20 830 entliehen gegen 17 830 im Vorjahr. Auf die einzelnen Abteilungen entfallen Bände: Volkswirtschaft und Politik 142, Geschichte und Rechtswissenschaft 14, Geschichte 482, Philosophie, Religion, Schule und Kunst 82, Naturwissenschaft 207, Gesundheitswissenschaft 49, Erdkunde und Reisebeschreibungen 940, Fachwissenschaft (Technik) 190, Unterhaltungsschriften 18 500. Die Lesehalle wurde von circa 1800 Personen besucht. Einnahmen und Ausgaben, gleichlich mit 5149,85 Mk. aus.

Kriegsschiffen. Im Februar wurden 187 887 Liter Essen gebackt. Durchschnittlich gelangten täglich 5 256 Liter Mittagessen, 2 131 Liter Abendessen, zusammen 7 387 Liter zur Ausgabe.

Hedekung in Ostpreußen, das Vaterland Lübeck. Besonderslich hat es ein Kreis von Männern Lübecks übernommen, für die wirtschaftliche Wiedererauflistung Hedekungs in Ostpreußen als seinem Vaterland zu sorgen. Die eingeleitete Sammlung hat bisher den Erfolg gehabt, daß nach dem zweiten Berichtsjahr 43 844,50 Mk. einschließlich einer Sondergabe von 25 000 Mk. zur Verfügung gestellt sind. Es ist bereits mehrfach hergehoben, daß es darauf ankommt, in den durch den Russen einfall geschädigten und wirtschaftlich vollständig darniedergeliegenen ostpreußischen Bezirken Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, daß diese dem Deutschen Reiche landwirtschaftliche Produkte in stärkerem Maße als bisher zu schaffen in der Lage sind. Nach den Auskünften der östlichen Behörden, mit denen sich die Leitung der diesigen Bewegung in Verbindung gelegt hat, sind die Aussichten hierzu recht gute. Nur bedarf es dringend verbesserten Einrichtungen für den inneren Verkehr zur Heranführung der Erzeugnisse an die großen Wasserstraßen und die großen Bahnlinien sowie der Schiffsmachung der kleinen Bevölkerung. Für das Vaterland Lübeck: den Marktort und Preis Hedekung und für einen Flughafen und eine Kolonie etwa 100 000 Mk. erforderlich. Wenn auch zu erwarten, daß aus öffentlichen Mitteln noch ein Beitrag bewilligt wird, so bleibt der freiwilligen Sammeltätigkeit doch auch ein nicht unerhebliches Arbeitsgebiet. Der Ausbau wendet sich daher erneut an die Bevölkerung Lübecks, des bedrängten Ostpreußens nicht zu verlassen.

Wohltätigkeitskonzert und Opernabende für die Ehrenspende zugunsten des Lübecker Lazaretts veranstaltet die Lübecker Sängergesellschaft am nächsten Sonntag in der Stadthalle. Der Reinketttag soll dem Lübecker Lazarett aufallen. Am Sonnabend und Sonntag, 10. und 11. März, werden, wie man uns schreibt, von der Sängergesellschaft im Verein mit den Lübecker Sanitätskolonnen Opernabende zugunsten des vorbenannten Auges veranstaltet. Der Zug fährt demnächst zu 30. Mai. Die Einrichtung und Unterhaltung ist aus freiwilligen Zuwendungen seitens der Lübecker Bevölkerung erfolgt. Die Lübecker Bevölkerung wird es sich nicht nehmen lassen, Beiträge zu einer Ehrenspende, die der Lazarettsverwaltung in Anzahl der 50. Fahrt überreicht werden soll, zu geben. Wie weisen auf die Ankündigungen im Anzeigenblatt hin. Zahlungen für die Ehrenspende nimmt schon jetzt die Geschäftsstelle der Lübecker Sanitätskolonnen, Schloßstraße 10, vormittags von 10-1 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr entgegen.

pb. Ein falscher Kriminalbeamter. Am Sonnabend, dem 3. ds. Ms. ist hier ein Schwindler aufgetreten, der sich als Befreier Kriminalbeamter ausgab und als solcher versuchte, einer hier wohnhaften Händlerin das in ihrem Besitz befindliche Bargeld abzunehmen, weil letztere angeblich in dem Verdacht stand, falsche Geldscheine in Umlauf gesetzt zu haben. Der Schwindler, vor dem aemert wird, wird wie folgt beschrieben: etwa 21 Jahre alt, 1,75 Meter groß, dunkles Haar, bartlos längliches frisches Gesicht. Muttermal an der linken Wange in der Nähe der Nase, dunkle Augen. Bekleidet war der Schwindler mit schwarzer, weichem Filz Hut, dunklem Überzieher, weißer Wäsche, grauen, aufgeschlagenen Seidenkleidern und Satinbekleidung.

pb. Zwei Kaninchen entwendet. Einem in der Möllinger Allee wohnhaften Gastritt sind in der Nacht zum Sonnabend, dem 3. ds. Ms., aus seinem auf dem Hofe belegenen Stall zwei dicke Kaninchen gestohlen worden.

pb. Ermittelt und festgenommen wurden zwei in der Bäckerei wohnhafte Arbeiter, die in letzter Zeit mehrere vor dem Mühlentore wohnhafte Gärtnerei heimsuchten und diesen aus ihren Mietern u. w. größere Mengen Gemüse, wie Sellerie u. s. w. gestohlen hatten.

pb. Lebensmitteldiebstähle. Ermittelt und festgenommen wurden fünf Arbeiter, die auf ihrer Arbeitsstelle unsangleiche Lebensmitteldiebstähle ausgeführt hatten. Die gestohlenen Sachen wurden zum größten Teil noch in ihren Wohnungen gefunden und konnten dem Eigentümer zurückgegeben werden. Weitere kommen drei Arbeiter und drei Arbeiterinnen ermittelt und festgenommen werden, die seit längerer Zeit in der Stadt und Umgegend Lebensmittel und Räucherwaren gestohlen und verkauft haben.

Schönberg. Reichstagswahl in Strelitz. Durch den Tod des Abg. Roland-Lüde mus. in dem medienburgischen Wahlkreise Strelitz eine Ersatzwahl zum Reichstag vorzunehmen. Die Nationalliberalen haben bereits durch Abstimmung gewonnen und den Geschäftsführer des Kriegsausschusses deutlicher Redner, Dr. Stuhmann-Hamburg, als Kandidaten aufgestellt. Bei den letzten Wahlen erhielten die Nationalliberalen 6899, die Reichspartei 7733, die Sozialdemokraten 6492 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Roland-Lüde mit 12 602 Stimmen. Da nach der Versicherung der Nationalliberalen Korrespondenz der Burgfriede allese gewahrt werden soll, ist die Wahl Stuhmanns gewählt.

Kiel. Der städtische Haushalt für das Jahr 1917 liegt im Ordinarien mit 31 Millionen Mark ab. Eine neue

Zwangsanbau.

Die Frage, ob sich die miserable Kartoffelernte im vorherigen Jahre wiederholen oder ob die neue Ernte gar noch schlechter werden soll, ist längst „brennend“. Nicht wegen der sogenannten Brennkartoffeln und auch nicht in erster Linie wegen der zu erwartenden Preise; denn zuerst müssen wir wissen, ob wir dies Jahr überhaupt genügend Erdäpfel haben werden. Verwendung, Preisfestsetzung und Verteilung sind sehr wichtige Angelegenheiten, aber wo nichts ist, hat nicht bloß der Kaiser sein Recht, sondern auch die Ernährungsbehörde ihre „Befähigungs“-Möglichkeit verloren. Soll unter der Voraussetzung nicht zu ungünstiger Witterung ein ausreichender Kartoffelertrag erzielt werden, so muß die Frage der Saatgutbeschaffung in dem immer noch ungeborenen Wirtschaftsplan unseres Kriegsernährungssystems mehr Ausmerksamkeit zugeworfen werden als bisher. Ihr steht an Wichtigkeit zunächst die Frage der genügend nützige Zahl von menschlichen und tierischen Arbeitskräften unter Beistand der militärischen Wirtschaftsstellen ausgebunden werden; die Zeit drängt. Auch die Hilfe der Felder erforder mehr Arbeitskräfte, als der Landwirtschaft gegenwärtig zu Gebote stehen. Die ohne diese Hilfe rasch zunehmende Verunkrautung mindert nicht nur den Ertrag des einen Jahres ganz beträchtlich, sondern bildet einen Dauerschaden, der erst in Jahren mühsam wieder beseitigt ist.

Das alte Scherwort, daß die Volumia der Erdäpfel im umgekehrten quadratischen Verhältnis zur Freiheit der Landleute stehen, oder weniger zart ausgedrückt, daß die dümmsten Bauern die größten Kartoffeln haben, ist eine Lüge. Man scheint aber in den ersten Kriegsjahren diese Sprichwörter für wahr gehalten und die Maßregeln vernachlässigt zu haben, die zu Sicherung des Ertrages unumgänglich sind.

Dazu gehört vor allem die sorgfältige Saatgutauswahl. Einige Jahre kann sich der Landwirt schließlich im Westen z. B. entarten die gleiche Kartoffelsorte bestreut gesetzten Anbau aufzufallen rasch, im Osten viel weniger rasch. Der Umstand, daß man versucht hat, dem Preis zu wuchern mit Saatkartoffeln rechtzeitig Einfahrt zu tun, bewirkt ganz selbstverständlich, daß die Anbaufläche zurückgeht. Die kleinen Landwirte im Westen, die auf den Bezug von Saatgut aus dem Osten angewiesen sind, bauen dann, wenn hier nicht eingegriffen wird, nicht mehr an, als sie für den eigenen Bedarf benötigen, denn die Verkaufspreise, selbst wenn sie gegen die vorjährigen noch etwas erhöht werden, ständen in keinem Verhältnis zu den Auflagen für Saatkartoffeln (14 M. und mehr für den Rentner). Was hat das Kriegsernährungsamt und die Reichsstaatskasse getan, um den Saatkartoffelbezug zu sichern? So gut wie nichts! Es handelt sich übrigens nicht nur um den Preis, sondern um die Qualität. Landwirtschaftliche Großbetriebe, denen der Saatkartoffelkreis zu niedrig ist, haben sich vielfach auf den Saatkartoffelhandel vertreten, ohne Gewähr zu bieten, daß sie wirkliches Saatgut abgeben.

Es kommen noch andere Schwierigkeiten hinzu. Ein Beispiel dafür: Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg teilt mit, daß allein aus Württemberg ein Bedarf von 1500 Eisenbahnwagen (30 000 Rentner) Saatkartoffeln angemeldet worden ist, daß aber bis jetzt nur 400 Wagen zugefertigt werden konnten und daß jedenfalls nicht der ganze Bedarf befriedigt werden kannen.

Da die Erdäpfel neben dem Getreide das Fundament unserer Nahrungsmittelwirtschaft im Kriege bilden, daß angesichts der drohenden Gefahr einer abnormalen und ungünstigen Ernte gerade bei diesem Produkt die Forderung nach allmählicher Anerkennung verschafft, die bisher den schwärmischen Widerspruch der landwirtschaftlichen Interessenten gefunden hat: die Forderung des Kriegsministers, wobei die Voraussetzung ist, daß ein auskömmlicher Preis garantiert und das nötige Saatgut unter allen Umständen, auch wenn es auf Kosten der augenblicklichen Versorgung mit Speisefor-

tresseln geschehen müsse, zur Verfügung gestellt wird. In diesem Sinne hat sich dieser Tage der Kölner Oberbürgermeister Adenauer in der dortigen Gemeindevertretung ausgesprochen. Über die Abneigung der Landwirte gegen Zwang und Kontrolle sagte er:

„Dass die höchste Leistung nur auf Freiwilligkeit beruht, mag richtig sein. Es kommt aber heute nicht darauf an, möglichst viel, gleichgültig was, zu produzieren, sondern bestimmt Produkte herzustellen. Dass man nicht auf jeden Acker einen Polizisten stellen kann, ist klar. Aber man gliedere den Kriegswirtschaftsstellen Ausschüsse von Gemeinden in, die jedem an, welche die Kartoffelanbaufläche festzulegen und die Anbaufläche zu kontrollieren und die Herstellungskosten auch gar nicht verhindern. Zu einem großen Teile war hier natürlich die überall um sich greifende Gewinnlichkeit im Spiele, teilweise aber auch die immer größere Schwierigkeit für den Landwirt, die für die Produktion notwendigen Mittel zu beschaffen. Freilich, wenn viele russische Landwirte behaupten, diese Mittel seien gegen Friedenszeiten um das zehnfache gestiegen, so muß das als eine Übertreibung angesehen werden. Aber doch sie bedeutend teurer geworden sind, läßt sich nicht leugnen.“

Nicht mit einem Male brach natürlich die landwirtschaftliche Krise herein — sie wurde nur so empfunden, als ob sie mit einem Mal hereingebrochen wäre, während man dem Glauben an eine Knappheit der Lebensmittel keinen Raum zu schenken gewohnt war. Es kam, wie es in diesen Fällen meistens geschieht: zuerst begann der eine Artikel, dann der andere auf dem Lebensmittelmarkt seltener zu werden. Als über das Brot in immer knapperen Mengen und zu immer höheren Preisen zu erscheinen anfangt, da wurde man ernstlich besorgt. Eine derartige Verteuerung konnte bei einer immer steigenden Verfeuerung der notwendigen Herstellungskosten auch gar nicht verhindern. Zu einem großen Teile war hier natürlich die überall um sich greifende Gewinnlichkeit im Spiele, teilweise aber auch die immer größere Schwierigkeit für den Landwirt, die für die Produktion notwendigen Mittel zu beschaffen. Freilich, wenn viele russische Landwirte behaupten, diese Mittel seien gegen Friedenszeiten um das zehnfache gestiegen, so muß das als eine Übertreibung angesehen werden. Aber doch sie bedeutend teurer geworden sind, läßt sich nicht leugnen.“

Angesichts der enormen Getreidepreise sahen sich die Behörden genötigt, zu den einzigen ihnen zu Gebote stehenden Mittel — zum Höchstpreis zu greifen. Die Einführung der Höchstpreise löste in den landwirtschaftlichen Kreisen Russlands eine große Erbitterung aus. Die mittleren Landwirte, die im Durchschnitt über eine Pordje von ungefähr 70 Desjatinen verfügen, sagten, daß der Höchstpreis für Getreide so niedrig angelegt sei, daß jede landwirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiete der Produktion dadurch einfach zuschanden wird, da die Selbstkosten des Getreides den Höchstpreis überschreiten. Aehnliche Klagen gehen von den beiden anderen Extremen des russischen Landbesitzes, von den Großgrundbesitzern und den Kleinbauern aus. Wie dem auch sei — die russische Landwirtschaft erlebt eine bedrohliche Krise, die mit der Fortdauer des Krieges sich immer schärfer zuspielt und deren schwere Folgen sich erst nach dem Kriege in ihrer ganzen Wucht werden zeigen können.

Die Lage der russischen Landwirtschaft.

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Die landwirtschaftliche Krise, die Russland gegenwärtig erlebt, wird von der gesamten russischen Bevölkerung am schmerzlichsten empfunden, als man auf sie so wenig gesetzt war und sie das Land schlich überraschte. Im festen Glauben an die Unerschöpflichkeit dieses Landes ließ man ansangs den Gedanken nicht zu, daß auch der Zeitpunkt kommen kann, wo die reichsten Schätze versiegten. Und als sich eine Lebensmittelknappheit recht empfindlich bemerkbar zu machen begann, stand dies von einer ganz unerwarteten Seite gekommen zu sein. Diese Knappheit mußte sich aber im Verlaufe des Krieges notwendig einstellen in Abwehr der Tatsache, daß sowohl wie das lebendige, auch das tote Material, dessen die landwirtschaftliche Produktion zu ihrem Gedächtnis unbedingt bedarf, allmählich zu versagen beginnt.

Es gilt dabei zu bedenken, daß die meisten Aushebungen in Russland auf die ländliche Bevölkerung entfallen, und daß die Räuber an die Front ablaufenden Elemente in der großen zum Militärdienst herangezogenen Untermauer geradzu verschwinden. In der ersten Zeit konnte dies nicht sonderschwer auffallen, da man allgemein in dem Vertrauen auf die Kräfte des Bodens stand, und die lebendige Kraft der landwirtschaftlichen Produktion, der befruchten und bearbeitenden Menschen, außer acht ließ. Aber die Transportschädigung der ländlichen Bevölkerung mußte sich in der ländlichen Produktion um so deutlicher und schärfer zu erkennen geben, je länger der Krieg andauerte und je höhere Belastungen erforderte.

Dies war aber nur die eine Seite der ganzen hier in Bezug kommenden Frage. Die andere Seite — der Mangel an Inventar und totem Material, mußte ebenfalls alsbald zum Vortheil kommen. Der Viehbestand, den man ansangs wenig geneigt war zu schonen und den man im selben Vertrauen auf die Unverfügbarkeit der natürlichen Kräfte blindlings für militärische Zwecke verwendete, ohne rechtzeitig für den nötigen Nachschub Sorge zu tragen, ging ebenso auf die Reise, und dies mußte natürlich zur Verschärfung der Lage beitragen.

Und schließlich kam der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und sonstigen für die Bodenerzeugung not-

wendigen Mitteln hinzu, ein Mangel, der mit der Schwierigkeit der Beschaffung aller Mittel aus den verbündeten Ländern in Zusammenhang steht.

Nicht mit einem Male brach natürlich die landwirtschaftliche Krise herein — sie wurde nur so empfunden, als ob sie mit einem Mal hereingebrochen wäre, während man dem Glauben an eine Knappheit der Lebensmittel keinen Raum zu schenken gewohnt war. Es kam, wie es in diesen Fällen meistens geschieht: zuerst begann der eine Artikel, dann der andere auf dem Lebensmittelmarkt seltener zu werden. Als über das Brot in immer knapperen Mengen und zu immer höheren Preisen zu erscheinen anfangt, da wurde man ernstlich besorgt. Eine derartige Verteuerung konnte bei einer immer steigenden Verfeuerung der notwendigen Herstellungskosten auch gar nicht verhindern. Zu einem großen Teile war hier natürlich die überall um sich greifende Gewinnlichkeit im Spiele, teilweise aber auch die immer größere Schwierigkeit für den Landwirt, die für die Produktion notwendigen Mittel zu beschaffen. Freilich, wenn viele russische Landwirte behaupten, diese Mittel seien gegen Friedenszeiten um das zehnfache gestiegen, so muß das als eine Übertreibung angesehen werden. Aber doch sie bedeutend teurer geworden sind, läßt sich nicht leugnen.“

Angesichts der enormen Getreidepreise sahen sich die Behörden genötigt, zu den einzigen ihnen zu Gebote stehenden Mittel — zum Höchstpreis zu greifen. Die Einführung der Höchstpreise löste in den landwirtschaftlichen Kreisen Russlands eine große Erbitterung aus. Die mittleren Landwirte, die im Durchschnitt über eine Pordje von ungefähr 70 Desjatinen verfügen, sagten, daß der Höchstpreis für Getreide so niedrig angelegt sei, daß jede landwirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiete der Produktion dadurch einfach zuschanden wird, da die Selbstkosten des Getreides den Höchstpreis überschreiten. Aehnliche Klagen gehen von den beiden anderen Extremen des russischen Landbesitzes, von den Großgrundbesitzern und den Kleinbauern aus. Wie dem auch sei — die russische Landwirtschaft erlebt eine bedrohliche Krise, die mit der Fortdauer des Krieges sich immer schärfer zuspielt und deren schwere Folgen sich erst nach dem Kriege in ihrer ganzen Wucht werden zeigen können.

Ministerwechsel in Holland.

Haag, Ende Februar.

Unplötzlich wurden Parlament und Regierung in Holland von einem neuen Wechsel im Finanzministerium überrascht. Der Finanzminister van den Grun, der im vorigen Jahre an die Stelle Treub's getreten, hat seinen Abschied genommen. Das überraschte unmehr, als van den Grun Ende v. J. wegen der Ablehnung des Erbschaftsteuernecks seitens der Ersten Kammer die Konsequenzen gezogen und seine Entlassung gefordert, sich aber auf Zustand seiner Ministerkollegen und fast aller Parteien der Zweiten Kammer zu dem parlamentarischen R. o. u. m. hatte bereit finden lassen, im Amt zu bleiben. Nicht minder überraschend war die gleichzeitige aufgetauchte Nachricht, daß Herr Treub wieder Finanzminister werden solle, der infolge eines heftigen Konflikts mit der Zweiten Kammer und ohne dabei von seinen Ministerkollegen irgendwelche Unterstützung erlangen zu haben, vor noch nicht Jahresfrist „gegangen“ war.

„Heet Volk“, das sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über das „jeder wahlhaft parlamentarischen und demokratischen Regierungsformen entbehrende Deutschland“ und die Einflusslosigkeit der Deutschen Parteimitglieder den Kopf zerbricht, schweigt sich über die neuen Beweis demokratischen Regierens im eigenen Lande aus. Es beschränkt sich darauf, seine Ernugung auszusprechen für den Fall, daß wie es scheint, die Lebensmittelpolitik der Regierung für Herrn van den Stein des Anstoßes gewesen und es beeilte sich, dem Finanzminister, dessen Lebensmittelpolitik fortgesetzte Gegenstand heftigster Kritik — auch seitens der sozialdemokratischen Presse —, ein warmes Lob zu spenden, weil er hinsichtlich der Kosten eines „breiteren Aufbaus“ gezeigt habe. Dabei ist in „Het Volk“ mehr als einmal hauptförmig von der Zentralen Lebensmittelkommission, aufzuführen, worden, daß der staatliche Zusatz zum guten Teil infolge der unverhältnismäßig hohen Preise, die der Landwirtschaftsminister den Landwirten und spekulierenden Großhändlern zugesagt, so hoch auslief.

Nun hat Herr van den Grun sich allerdings nachträglich ganz offen dahin ausgerufen, daß er tatsächlich nicht länger die bisherige staatliche Lebensmittelversorgung mit seinem Pflichtgefühl als Finanzminister habe vereinbaren können. Ja, er bekannte, daß er ein Gegner des ganzen Systems sei, bei welchem die breite Masse

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von N. M. Dostojewski.

108. Fortsetzung.

„Ihr selbst, Mademoiselle, werdet Euch wahrscheinlich nicht weizern, zu bestätigen und zu erklären, daß ich Euch durch Andrej Semenowitsch habe rufen lassen, einzog aus dem Grunde, mit Euch Rückfrage zu nehmen über die Weisen und die hilflose Lage Eurer Pflegemutter Katharina Iwanowna, zu deren Gedächtnissen zu kommen mir nicht möglich war, und dann darüber, wie man wohl in geeigneter Weise etwas zu deren Gunsten in Form einer Subskription, Lotterie oder dergleichen tun könnte. Ihr danktet mir und habt selbst Tränen vergossen — ich erzählte Ihnen, wie alles war, um Euch alles in Erinnerung zu bringen und dann, um Euch zu beweisen, daß aus meinem Gedächtnis sich nicht der geringste Zug verwischt. Hierauf habe ich vom Tisch eine Zehnrubelnote genommen und diese Euch gegeben, in meinen Namen und im Interesse Eurer Stiefschwester, als erste Hilfe. Alles dies hat Andrej Semenowitsch mit angesehen. Dann habe ich Euch zur Tür begleitet. Ihr befindet Euch noch immer in jener Besangenheit — worauf ich mit Andrej Semenowitsch allein zurückblieb; ich habe mit diesem etwa zehn Minuten gesprochen. Andrej Semenowitsch ging fort und ich trat wiederum zum Tisch auf welchem das Geld noch lag, mit der Absicht, dieses nachzuzählen und, wie ich vorher beschlossen hatte, besonders zu vertheidigen. Zu meiner Verwunderung nun war jetzt die eine Hundertrubelnote in der Zahl der übrigen nicht mehr zu finden. Und nun bedenkt: Andrej Semenowitsch verdächtigen kann ich unbedingt nicht; schon vor der Möglichkeit dessen schaute ich mich. In meiner Rechnung täuschte lange mich auch nicht, deshalb weil ich eine Minute vor Eurem Er scheinen die Rechnung für richtig befand. Gebt nun los! zu, daß in Anbetracht Eurer Besangenheit Eurer Haft, fortgehen zu wollen, und dessen, daß Ihr Eure Hände eine Zeitleitung auf den Tisch gelegt habt; in Anbetracht Eurer gesellschaftlichen Stellung und der mit ihr verbundenen Geprlogenheiten, ja mit Streiten und sogar gegen meinen Willen, genötigt war, den Verdacht zu schärfen, der ja allerdings leicht ist, aber gerekt: — Ich füge noch hinzu und wiederhole es, daß meine Ansicht, die ich als Augenzeuge habe, in meiner jetzigen Beurteilung für mich selbst ein gewisses Wagnis liegt. Ich bin gefommen und sage Euch, weshalb Ihr dies getan habt: Einzig und allein infolge der schwierigen Unantörbarkeit! Nicht so? Ich lade Euch zu mir ein im Interesse Eurer notleidenden Angehörigen, ich zebe Euch in Gestalt der zehn Rubel eine wesentliche Unterstützung und Ihr, sofort, unmittelbar danach, verzögert mit dies mit einer soßen Handlung.

Mein, das war gewiß nicht gut. Da muß ein Exempel statuiert werden. Überlegt Euch, ich spreche als aufrichtig Wohlmeinder zu Euch, und bitte Euch — es kann in diesem Augenblick keinen besseren Freund geben als ich es bin — kommt zur Einsicht! Sonst werde ich unerbittlich sein! Nun, wie ist es?

„Ich habe nichts genommen von Euch“, flüsterte Sonja entgegen. „Für zehn Rubel, hier nehmt sie wieder.“ Sonja zog ein Tuch aus ihrer Tasche, suchte einen Knoten darin und leiste diesen, worauf sie das Zehnrubelpapier heranzog und Luskin hinreichte.

„Und über die andern hundert Rubel macht Ihr kein Eingeständnis?“ fragte dieser lächelnd, und ohne das Geld zu nehmen.

Sonja schaute im Kreise umher; alle blinzelten sie an mit so erstaunten, rastlos oder spöttischen, häßerfüllten Augen. Sie schaute nach Rastafurion; die er stand an der Wand, die Arme gefreust und richtete einen flammanden Blick auf sie.

„O Gott!“ entrang es sich ihren Lippen.

„Amalie Iwanowna, dann muß der Polizei Meldung erstattet werden, dazu bitte ich Euch insdest, nach dem Haussmann zu schicken“, fuhr Luskin halbblau und höllisch fort.

„Gott der Gnade! Ich wußte doch, daß sie stiehlt!“ rief Amalie Iwanowna mit gezitterten Händen.

„Ihr wußtet es?“ rief Luskin ein, „hättet Ihr vielleicht schon vorher Grund zu dieser Annahme gehabt?“

„Ich bitte Euch, verehrte Amalie Iwanowna, Euch diese Worte zu merken, die Ihr übrigens vor Sonja geäußert habt.“

„Von allen Seiten erhob sich jetzt plötzlich lautes Gespräch; alles geriet in Bewegung.

„Was?“ rief jetzt plötzlich zur Bekennung kommend, Katharina Iwanowna, und wandte sich an Luskin. „Was? Ihr behauptet, Ihr schaute die beiden Taschen herausgezogen, alles umgestülpt, eine nach der andern. Aus der zweiten sprang plötzlich ein kleines Papier, einen Bogen in der Luft befriedend, heraus, und fiel dann zu den Füßen Luskins nieder. Alle hielten dies gesieht, mehrere Schreie entliefen. Peter Petrowitsch brachte sich zu Boden und hob das Papier mit zwei Fingern empor, woraus er es vor aller Augen aufmachte. Es war eine Hundertrubelnote, in ein Achtel ihrer Größe zusammengebrochen. Peter Petrowitsch führte seine Hand im Kreise herum und wies über die Note vor.“

„Sie ist eine Diebin, hinaus aus der Wohnung! Polizei, Polizei!“ rief Amalie Iwanowna, „sie muß nach Sibirien! Fort mit ihr!“

Von allen Seiten erhöhten Ausrufe. Kasolnikow schwieg, aber er wandte das Auge nicht von Sonja, höchstens dann, wenn er einen Moment auf Luskin rückte. Sonja stand noch immer auf demselben Platz; sie stand wie ihrer Sinne beraubt, und schien nicht einmal verwundert zu sein. Plötzlich aber überging glühende Fäuste ihr Antlitz; sie schrie auf und schlug die Hände vor das Gesicht.

„Sie ist eine Diebin, hinaus aus der Wohnung! Polizei, Polizei!“ rief Amalie Iwanowna, „sie muß nach Sibirien! Fort mit ihr!“

Von allen Seiten erhöhten Ausrufe. Kasolnikow schwieg, aber er wandte das Auge nicht von Sonja, höchstens dann, wenn er einen Moment auf Luskin rückte. Sonja stand noch immer auf demselben Platz; sie stand wie ihrer Sinne beraubt, und schien nicht einmal verwundert zu sein. Plötzlich aber überging glühende Fäuste ihr Antlitz; sie schrie auf und schlug die Hände vor das Gesicht.

Katharina Iwanowna hatte die beiden Taschen herausgezogen, alles umgestülpt, eine nach der andern. Aus der zweiten sprang plötzlich ein kleines Papier, einen Bogen in der Luft befriedend, heraus, und fiel dann zu den Füßen Luskins nieder. Alle hielten dies gesieht, mehrere Schreie entliefen. Peter Petrowitsch brachte sich zu Boden und hob das Papier mit zwei Fingern empor, woraus er es vor aller Augen aufmachte. Es war eine Hundertrubelnote, in ein Achtel ihrer Größe zusammengebrochen. Peter Petrowitsch führte seine Hand im Kreise herum und wies über die Note vor.“

„Sie ist eine Diebin, hinaus aus der Wohnung! Polizei, Polizei!“ rief Amalie Iwanowna, „sie muß nach Sibirien! Fort mit ihr!“

Von allen Seiten erhöhten Ausrufe. Kasolnikow schwieg, aber er wandte das Auge nicht von Sonja, höchstens dann, wenn er einen Moment auf Luskin rückte. Sonja stand noch immer auf demselben Platz; sie stand wie ihrer Sinne beraubt, und schien nicht einmal verwundert zu sein. Plötzlich aber überging glühende Fäuste ihr Antlitz; sie schrie auf und schlug die Hände vor das Gesicht.

